



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GAGFAH UND STADT DRESDEN VOR EINIGUNG?

15.03.2012 Fachinformation

Der Streit zwischen der Stadt Dresden und der Gagfah scheint vorerst beigelegt. Beide Seiten einigten sich in einer überraschenden Übereinkunft auf eine jährliche Zahlung von vier Millionen Euro bis 2020. Zudem kommt die Luxemburger Gesellschaft der Stadt bei der Belegungsbindung und Dauer der Sozialcharta entgegen. Sollten der Dresdener Stadtrat und die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde der Einigung zustimmen, wäre damit ein drohendes jahrelanges Verfahren vom Tisch. Ursprünglich hatte die Stadt Dresden die Gagfah wegen angeblicher Verstöße gegen eine von der Stadt auferlegte Sozialcharta auf eine Vertragsstrafe von 1,084 Milliarden Euro verklagt. Die Wohnungsgesellschaft hingegen hatte die Vorwürfe stets zurückgewiesen und ihrerseits mit einer Gegenklage reagiert. Nun jedoch folgte die Kehrtwende. Beide Seiten wollen ihre Klage zurücknehmen und die Gagfah zusätzlich zu den jährlichen Zahlungen die Prozesskosten bis zu einem Höchstwert von vier Millionen Euro tragen. Zudem sichert die Wohnungsgesellschaft zu, zukünftig mehr in die Instandhaltung der Wohnungen zu investieren, Erstattungen an einige Mieter zu zahlen, welche bereits Wohnungen erworben haben und der Stadt erweiterte Rechte bei der Belegung von Wohnungen einzuräumen. Die Stadt wiederum kündigte an, mindestens 40 Prozent der von der Gagfah erhaltenen Zahlungen in soziale Projekte zu investieren. Von der Einigung dürften nicht nur die Stadt und die Mieter der Wohnungsgesellschaft profitieren. So stieg der Wert der Gagfah-Aktie nach bekannt werden der Einigung auf 4,69 Euro. Zwischenzeitlich hatte der Aktienwert bei nur noch 3,62 Euro gelegen.

<https://bbu.de/beitraege/gagfah-und-stadt-dresden-vor-einigung>